

Kommunale Versorgungskassen
Westfalen-Lippe
kvw-Zusatzversorgung
Postfach 4629
48026 Münster

Antrag auf PlusPunktRente im Rahmen der Entgeltumwandlung

Tarif 2017

Hiermit wird der Abschluss einer freiwilligen Versicherung aufgrund der Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw) beantragt.

A Angaben des Arbeitgebers

kvw-Mitgliedsnummer

Versicherungsnummer bei der kvw-Zusatzversorgung

A Angaben zur:zum Beschäftigten

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Geburtsdatum

PLZ, Ort

Geburtsort

E-Mail

Telefon

Die Versicherung soll entsprechend der Modellberechnung am _____
beginnen.

Die Versicherung soll abweichend zur Modellberechnung am _____
beginnen.

Der Beitrag wird wie folgt bestimmt:

Monatlich in Höhe von

Jährlich zum

in Höhe von

Zusätzlich einmalig zum

in Höhe von

Abweichend von der Modellrechnung
wünschen wir:

Monatlich in Höhe von

Jährlich zum

in Höhe von

Zusätzlich einmalig zum

in Höhe von

Die Beiträge sind im Sinne von § 3 Nr. 63 EStG steuerfrei.

Als Altzusage werden die Beiträge im Sinne von § 40 b a. F. EStG pauschalversteuert.

Verzicht auf Kündigungsrecht (bitte ankreuzen falls gewünscht)

Die:Der Beschäftigte verzichtet unwiderruflich auf ihr:sein Kündigungsrecht mit Beitragsabfindung in der Ansparphase (vgl.§ 21 der AVB). Durch den Verzicht wird die Anwartschaft aus der PlusPunktRente beim Bezug von Arbeitslosengeld II in den Grenzen des Sozialgesetzbuches II zum geschützten Vermögen.

Bezugsberechtigung in der Einzahlungsphase

Sollte die:der Beschäftigte in der Einzahlungsphase versterben, so ist die Hinterbliebenenrente an die:den hinterbliebene:n Ehegattin:Ehegatten oder eingetragene:n Lebenspartner:in zu zahlen.

Die:Der Beschäftigte ist nicht verheiratet und lebt nicht in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Sie:Er hat deshalb bestimmt, dass im Todesfall die Hinterbliebenenrente an folgende:n Lebenspartner:in, mit der:dem ein gemeinsamer Haushalt besteht, gezahlt wird. In diesem Fall ergänzen Sie bitte die beigefügte Anlage „Mitteilung bezugsberechtigte:r Hinterbliebene:r“.

Wenn den kwv bis zum Zeitpunkt des Todes keine bezugsberechtigte Person mitgeteilt wurde, besteht kein Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung.

Erklärung zur Erwerbsminderung:

Ich habe bisher keinen Antrag auf Zahlung einer Erwerbsminderungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gestellt.

Erklärung zu den Vertragsgrundlagen:

Die Verbraucherinformationen zur PlusPunktRente habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen.

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Zur Erhebung, Speicherung und Weiterleitung der personenbezogenen Daten der:des Beschäftigten an die kwv-Zusatzversorgung benötigt der Arbeitgeber eine entsprechende Einverständniserklärung der:des Beschäftigten.

Belehrung über Widerrufsmöglichkeit:

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich als Versicherungsnehmer:in diesen Antrag innerhalb einer Frist von 30 Tagen in Textform widerrufen kann und dass die Frist durch rechtzeitige Absendung des Widerrufs gewahrt wird. Nach § 8 Abs. 2 Versicherungsvertragsgesetz (VVG) beginnt die Frist zu laufen, wenn der:dem

Versicherungsnehmer:in eine ordnungsgemäße Belehrung erteilt worden ist und ihr:ihm der Versicherungsschein, die Vertragsbestimmungen einschließlich der allgemeinen Versicherungsbedingungen, die weiteren Informationen nach § 7 Abs. 1 und 2 des VVG in Verbindung mit den §§ 1 bis 4 der VVG-Informationspflichtenverordnung zugegangen sind.

Hinweise zum Datenschutz

Zur Erfüllung der den kvw übertragenen Aufgaben werden personenbezogene Daten unter Einhaltung der datenschutz-rechtlich relevanten Bestimmungen verarbeitet. Informationen zum Datenschutz und Ihren damit verbundenen Rechten entnehmen Sie bitte der folgenden Internetseite unter <https://www.kvw-muenster.de/datenschutz-hinweise>. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Hinweise auch gerne per Post zu.

Datum, Unterschrift des Arbeitgebers

Datum, Unterschrift der:des Arbeitnehmerin:Arbeitsnehmers

Ergänzende Hinweise:

- Der Beginn kann nicht vor dem Monat der Antragstellung und nicht vor Beginn des Beschäftigungsverhältnisses liegen.
- Die Entgeltumwandlung bedarf in jedem Fall der vorherigen Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und muss sich mit den Angaben im Antrag decken. Nach § 3 Nr. 63 EStG können pro Kalenderjahr Entgelte bis zu 8 % der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung im Jahr 2022 sind das 6.768,00 € - steuerfrei umgewandelt werden. Es sind jedoch lediglich 4 % der Beitragsbemessungsgrenze gleichzeitig auch sozialversicherungsfrei. Für Altlösungen (erstmalige Entgeltvereinbarung vor dem 01.01.2005) besteht die Möglichkeit nach § 40 b a.F. EStG für Beiträge bis zu 1.752 € pro Jahr die Pauschalversteuerung zu nutzen. Es erfolgt eine Anrechnung auf das steuerfreie Volumen von bis zu 8 % der Beitragsbemessungsgrenze. Soweit diese pauschalversteuerten Beiträge aus Sonderzuwendungen als Einmalzahlung geleistet werden, sind sie auch sozialversicherungsfrei. Darüberhinausgehende Beiträge sind steuer- und sozialversicherungspflichtig. Der Mindestbeitrag für die Entgeltumwandlung im Jahre 2022 beträgt 246,75 €. Für nicht volle Kalenderjahre reduziert sich der Mindestbeitrag entsprechend.

Wir sind bestrebt, den Service für unsere Kunden ständig zu verbessern und bitten Sie deshalb um Beantwortung folgender Frage: Was hat Sie zum Vertragsabschluss veranlasst?

Empfehlung des Arbeitgebers

Werbeaktion

telefonische Beratung

Beratung vor Ort

Internet

Sonstiges